



Kommentar
Peter Bußjäger

Einsparungen in der EU

Bundeskanzler Sebastian Kurz will, dass der Verlust für das EU-Budget, der mit dem Brexit eintreten wird, nicht von den sogenannten Nettozahlern in der EU ausgeglichen werden muss. Er hat völlig recht. Schließlich ist nicht einzusehen, weshalb die

„Auch Österreich erhält auf diese Weise einen zusätzlichen Abgeordneten.“

österreichischen Steuerzahler für die Entscheidung der Briten, nicht mehr in der EU sein zu wollen, aufkommen sollen.

Außerdem gibt es, worauf Kurz hinweist, einige Möglichkeiten, die Ausgaben zu verringern. Sein Vorschlag, die Zahl der Kommissare von 28 auf 18 zu reduzieren und ein Rotationsprinzip unter den Mitgliedstaaten einzuführen, ist vernünftig, auch wenn diese Einsparungen insgesamt nicht sonderlich ins Gewicht fallen. Aber die Reduktion würde auch dazu führen, dass die Zahl der „Ministerien“ auf der EU-Ebene verringert würde und die Aufgaben weniger zersplittert wären. Viel mehr Geld könnte gespart werden, wenn das EU-Parlament einen seiner beiden Sitze (Brüssel oder Straßburg) aufgäbe. Ein ausschließlich in Straßburg, also nicht am Sitz der EU-Regierung, tagendes Parlament wäre ein wichtiges Signal. Es ist allerdings bezeichnend für das geringe Kostenbewusstsein des Parlaments, dass nicht einmal auf alle durch den Brexit frei werdenen Sitze im Parlament verzichtet wird, sondern insgesamt 27 vormals britische Mandate auf die Mitgliedstaaten verteilt werden.

Auch Österreich erhält auf diese Weise einen zusätzlichen Abgeordneten.

Bisher noch nicht diskutiert wurde über die EU-Beamten, die nicht nur viel höhere Gehälter (einen Teil davon steuerfrei) und Pensionen genießen als ihre Kollegen in den Mitgliedstaaten, sondern auch im Durchschnitt deutlich vor dem 60. Lebensjahr in den Ruhestand treten. Bedenkt man, dass die Kommission derzeit etwa 50.000 Bedienstete aufweist, ergibt sich beträchtliches Sparpotenzial.

Gerne weisen sogenannte begeisterte Europäer darauf hin, dass die Stadt Wien weitaus mehr Bedienstete hat als die gesamte EU-Kommission, womit der Eindruck erweckt werden soll, als verwalte Brüssel besonders sparsam. Das ist natürlich Unsinn. Man kann nicht hochrangige Beamte, deren Funktion in erster Linie darin besteht, Gesetze auszuarbeiten, mit einer Gemeindeverwaltung vergleichen, die Kindergärten und Bildungseinrichtungen zur Verfügung stellen muss, Wasserversorgung und Müllentsorgung garantiert und überdies auch noch die von der EU erlassenen Rechtsvorschriften zu vollziehen hat.

Wer die Möglichkeiten von Einsparungen im Betrieb der EU leugnet oder ignoriert, darf sich nicht über das oft undifferenzierte, vielbeklagte EU-Bashing wundern.



PETER BUSSJÄGER
peter.bussjaeger@vn.at

Peter Bußjäger ist Direktor des Instituts für Föderalismus und Universitätsprofessor in Innsbruck.